

Bericht aus dem Vorstand des Darmstädter Studentenwerks

Dez. 97

1.

Der Entwurf für ein neues Gesetz über die hessischen Studentenwerke hat das Kabinett passiert, er wird im Januar zusammen mit dem HHG-Entwurf in den Landtag eingebracht.

Kritikpunkte: Zuständigkeit für die Festsetzung der studentischen Beiträge jetzt beim neuen Verwaltungsrat => unklare politische Verantwortlichkeiten
Geringerer Einfluß der Studierenden, durch Aufstockung des Verwaltungsrates um einen zusätzlichen Personalvertreter

2.

Es werden im nächsten Jahr weitere Wohnheime "verkabelt", d.h. mit einem Anschluß an das HRZ versehen. Die Kosten (inkl. Betreuung) hierfür werden den Mietern in Rechnung gestellt (Mieterhöhung von 15,-).

Betroffen sind die Riedeselstraße (Laserstrecke), weitere Teile des Studentendorfes und die Schloßgartenstraße. Telefongebühren o.ä. fallen weiterhin nicht an.

3.

Der Vorstand hat (gegen die Stimmen der Personalvertreter) die Gründung einer Service-GmbH zur Vermarktung von Dienstleistungen an Dritte zustimmend zur Kenntnis genommen. Über einen konkreten Gesellschaftsvertrag wird in der nächsten Sitzung gesprochen. Einwände ergaben sich von studentischer Seite bei der Einbindung der Studierenden - Idee war ein Weisungsrecht des Vorstands / Verwaltungsrats an den Vertreter in der Gesellschafterversammlung.

4.

Auf Wunsch der studentischen Vertreter wurden die Versicherungssummen der Unfallversicherung für den Freizeitbereich verdoppelt (neu: Invalidität TDM 80, Vollinvalidität TDM 180). Die Versicherung tritt immer (auch weltweit) dann ein, wenn die gesetzliche Unfallversicherung nicht greift und ist ein freiwilliges Angebot des Studentenwerks. Versichert sind damit z.B. auch Zeiten für die Anfertigung von Diplomarbeiten außerhalb der Hochschule, die nicht durch die gesetzliche Unfallversicherung abgedeckt sind.

5.

Der Chef des Bafög-Amtes, Rosental, trug vor, daß es das Gerücht gebe, daß man Probleme mit dem Bafög wegen des Streiks durch sog. "Streikscheine" bereinigen könnte. Er warnte eindringlich davor, mit solchen Scheinen im Bafög-Amt zu erscheinen, da dies der Nachweis eines nicht ordnungsgemäßen Studiums sei und zu Rückzahlungsforderungen führt. Herr Seidel hat diesen Sachverhalt den Fachbereichen mitgeteilt.

Ein Problem könnte es wegen des Streiks noch geben, wenn Bafög-Empfänger nach dem dritten Semester wegen fehlender Scheine den erforderlichen Leistungsnachweis nicht erbringen können.

6.

Mit dem Bau des Kiosk im audi max ist im kommenden Jahr zu rechnen, wenn die Hochschule eine Reihe von Mängeln im Brandschutzbereich beseitigt hat.

7.

Auf Wunsch der stud. Vertreter werden die jährlichen Preiserhöhungen (Anpassung an die Preissteigerung) für die Mensaessen jährlich nachträglich überprüft.

Peter Engemann, LSD